

Westeuropa ohne nukleare Korsettstangen

L 537609

Die konventionelle Lücke nach der Null-Lösung

Ein Ausbau der europäischen Streitkräfte wird durch den Mangel an Rekruten und Geld behindert

Von unserem Redaktionsmitglied Josef Joffe

Santa Monica, im März
Wie läßt sich Westeuropa im Zeichen der „Null-Lösung“ bei den Mittelstreckenwaffen verteidigen – zumal falls dies nur der erste Schritt auf dem Weg zu einer allgemeinen Entnuklearisierung westlicher Sicherheitspolitik sein sollte? Dieser Frage ging im fernen Kalifornien eine deutsch-amerikanische Expertenkonferenz nach – organisiert von der RAND Corporation, einem der ältesten und renommiertesten „think tanks“ Amerikas, und der „Atlantik-Brücke“, deren Sache die überparteiliche Pflege der deutsch-amerikanischen Beziehungen ist. Das Thema hieß „Verteidigungspolitik im Schatten schrumpfender Ressourcen“, und die Antworten fielen zwar nicht pessimistisch, aber dennoch ernüchternd aus.

Auf deutscher Seite wird die Verteidigungspolitik in den neunziger Jahren mit einer Verknappung fertig werden müssen, die sich kurzfristig überhaupt nicht beseitigen läßt: dem Absturz der demographischen Kurve. Wegen der mangelnden Reproduktionslust der Westdeutschen wird es dann an den 18- und 19jährigen fehlen, um die Sollstärke der Bundeswehr (495 000) aufrechtzuerhalten – es sei denn, die biologische Lücke wird organisatorisch geschlossen, etwa durch Verlängerung der Dienstzeit und Rückgriff

auf mehr Freiwillige (inklusive Frauen). Daß dies zu schaffen sein wird, war die Meinung der in Santa Monica versammelten Vertreter der deutschen Generalität. Die Amerikaner blieben skeptisch.

Auf amerikanischer Seite traten dafür andere facts of life in den Vordergrund. Zwar ist auch in Amerika der „Baby-Boom“ der Nachkriegszeit Vergangenheit, aber da die Streitkräfte seit Ende des Vietnam-Krieges ausschließlich aus Freiwilligen bestehen, schmerzt diese Verknappung weniger stark als die des Geldes. Ein Wehrbudget-Experte der RAND Corporation drückte dies so aus: „Die amerikanischen Verteidigungsausgaben der frühen achtziger Jahre (275 bis 300 Milliarden Dollar pro Jahr) waren zwar ein historisches Novum, doch ist der Boom vorbei.“ Daraus folgt das große Dilemma der neunziger Jahre: „Wahrscheinlich ist das Einfrieren oder die Schrumpfung des Verteidigungshaushaltes. Doch ist Realwachstum vonnöten, um allein das Potential zu halten, das in den frühen achtziger Jahren aufgebaut worden ist.“ Dies könnte immerhin bedeuten, daß der amerikanische NATO-Beitrag in Zukunft leiden werde, zumal da dieser schon im vergangenen Vierteljahrhundert deutlich geschwankt hat – zwischen etwa 100 Milliarden Dollar während des Vietnam-Krieges und einem

rapiden Anstieg auf mehr als 150 Milliarden Dollar (real) in der ersten Hälfte der achtziger Jahre. (Derlei Zahlen sind Schätzungen, weil sich „reine“ NATO-Ausgaben innerhalb des allgemeinen Verteidigungshaushaltes nicht eindeutig kalkulieren lassen.)

Diese Wellenbewegung läßt den Schluß zu, daß der amerikanische NATO-Beitrag zwar eine „hohe, aber nicht unantastbare Priorität“ in der Washingtoner Verteidigungsplanung genossen hat. Wohl wurde er formal nie gekappt; eher trat etwa auf dem Höhepunkt des Vietnam-Krieges das ein, was amerikanische Experten mit den Wörtchen „Aushöhlung“ oder „Auskämmung“ bezeichnen. Heute kämpfen nirgendwo amerikanische Truppen; dafür mehren sich aber in der öffentlichen Diskussion gewichtige Stimmen – wie etwa die des ehemaligen Sicherheitsberaters Zbigniew Brzezinski –, die bei der Europa-Präsenz einen Schnitt von 100 000 Mann fordern. Die eingesparten Soldaten sollen als „mobile Reserve“ zu Hause stationiert werden; um so mehr, als die Europäer noch jedes Mal protestierten – siehe zum Beispiel das Libyen-Bombardement im vorigen April –, wenn in Europa stationierte Kräfte für Nicht-NATO-Zwecke eingesetzt wurden. Weiter rechts – etwa bei den neokonservativen Ideologen – wird inzwischen gar gefordert, die „Priorität Europas“ drastisch zu stützen und dafür einer pazifikorientierten Verteidigungsstrategie den Vorrang einzuräumen. Es gelte zwar nicht, Europa ganz seinem Schicksal zu überlassen, doch müsse Amerika seine traditionelle Rolle als „Mobilisierungs-Stützpunkt“ wiederentdecken.

Tatsache ist, daß derlei antieuropäische Ressentiments so alt sind wie das Bündnis, ohne daß die amerikanische Politik je die Abkehr von Europa zum Programm erhoben hätte. Tatsache ist aber auch, daß seit Reykjavik und „Null-Lösung“ ein klassischer Pfeiler des euro-atlantischen Systems ins Wanken geraten ist: die nukleare Komponente der Sicherheitspolitik in Europa. Europäer und Amerikaner haben sich seit Jahrzehnten auf Atomwaffen verlassen, um so ihr Defizit an konventioneller Kraft – und die natürliche geographische Überlegenheit der Sowjetunion – auszugleichen. Wer soll die Lücke im konventionellen Bereich füllen, wenn die atomaren Korsettstangen des Bündnisses wegfallen? Den Westeuropäern gehen aus demographischen Gründen die Rekruten aus, den Amerikanern die einst so reichlich sprudelnden Verteidigungsgelder. In Santa Monica haben die deutschen und amerikanischen Experten das Dilemma gezielend beleuchtet, die Antwort aber nicht gefunden.